

Integration kann niemand verordnen

FDP-Politiker steht bei den Krautheimer Gesprächen Rede und Antwort

Von Claudia Burkert-Ankenbrand

KRAUTHEIM „Die Politik muss immer ganz nah bei den Menschen sein“, sagt Karl Finke. Deshalb ist dem Vorstandsmitglied des Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter (BSK) der Dialog zwischen Vorstand, Mitgliedern, Mitarbeitern und Politikern vor Ort wichtig. „Selbstbestimmtes Leben“ ist ein Kernthema bei den Krautheimer Gesprächen, zu denen diesmal der behinderten- und sozialpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Jörg Rohde ins Eduard-Knoll-Wohnzentrum gekommen ist.

Gleiche Chancen „In jedem Lebensabschnitt und in jeder Lebenssituation müssen Menschen mit Behinderungen die Chance erhalten, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es

möchten und können“, betont Rohde. Das heißt für ihn auch, dass Menschen mit Behinderung, die auf Hilfe angewiesen sind, die Form dieser Hilfen selbst bestimmen. Dieses Recht sieht er im Gleichberechtigungsparagraphen des Grundgesetzes verankert.

Will die FDP sich da mehr reinhängen?“, hakt BSK-Bundesvorstandsmitglied Bernhard Endres nach. Die FDP, so Rohde, setze sich mit aller Entschiedenheit für den Abbau von Diskriminierung und Intoleranz ein.

„Der Abbau von Diskriminierungen lässt sich aber nicht per Gesetz verordnen“, meint er. Deshalb ist für den FDP-Politiker das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, das die Bundesregierung vorgelegt hat, eindeutig der falsche Weg. Der Ge-

setzentwurf belaste lediglich die Wirtschaft mit zusätzlicher Bürokratie, gefährde Arbeitsplätze und bringe für die Bürger große Rechtsunsicherheit.

Zum Gleichbehandlungsgesetz gehören für Irmgard Winkler auch Fluchtwege für Behinderte in mehrgeschossigen, insbesondere öffentlichen Gebäuden. Die sind nicht immer vorhanden. Auch darum solle sich der stellvertretende Bundesvorsitzende Jörg Rohde kümmern.

„Die Politik muss immer ganz nah bei den Menschen sein.“

Jörg Rohde

„Was tut die FDP für einen barrierefreien Flugverkehr?“, will Bernhard Endres wissen. „Das ist auf dem Weg“, erklärt Rohde. Die Gesellschaft barrierefrei zu gestalten betrachtet er als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die einen Bewusstseinswandel voraussetzt. BSK-Vorstand Endres vermisst dazu aber die Anreize – auch im Tourismus. Rohde „nimmt das mit“.

Kompromiss „Ambulant vor stationär“ fordert Verena Gotzes. Die Finanzierungssysteme müssten so ausgestaltet sein, dass Einrichtungen nicht den Vorzug vor individuellen Angeboten und Lösungen bekommen würden. „Man wird sich in der Mitte treffen müssen“, rechnet Rohde in diesem Zusammenhang mit einem Kompromiss. Ziel liberaler Behindertenpolitik sei echte Teilhabe. Denn „Menschen mit Behinderungen gehören in die Mitte der Gesellschaft.“



Diskriminierung lässt sich nicht per Gesetz aus der Welt schaffen. FDP-Politiker Jörg Rohde (rechts) sucht deshalb das Gespräch.

Foto: Claudia Burkert-Ankenbrand